

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Das Wertzuwachssteuergesetz abgelehnt. — Kampf um die Jugendförderung.

Zu Anfang der langen Sitzung gab es eine kleine Ueber- raschung. Es wurde die vorgesehene Abstimmung über die 35 000 M. für das Einziehungsamt vorgenommen. Dabei ergab sich, daß die Nationalliberalen mit wenigen Ausnahmen dafür eintraten, während sie am Tage zuvor eine Haltung einnahmen, die eine Ablehnung erwartete. Offenbar hatte am Abend zuvor bei dem Vierabend eine ordnungsbrüderliche Verständigung stattgefunden, die dazu geführt hat, daß die Nationalliberalen sowohl ihren Kollegen Jöhnel wie die gegen das Einziehungsamt petitionierenden Rechtsanwälte im Stich ließen. So kam es, daß die unverständliche Staatsubvention für das Einziehungsamt gerettet wurde.

Die Tagesordnungen scheint man jetzt mit der Eile zu messen. Gestern standen nicht weniger wie 23 Punkte zur Beratung, darunter solche, die stundenlange Debatten erwarten ließen und über die starke Druckberichte der Deputation vorliegen, die zum Teil erst wenige Stunden vorher in die Hände der Abgeordneten gelangt waren. Das ging auch einigen bürgerlichen Abgeordneten über die Guttschnur, obwohl die Ab- sicht, bis zum 20. Mai fertig zu werden, die Veranlassung zu dieser Ueberbürdung ist. Es gab eine längere Geschäfts- ordnungsdebatte deswegen; doch erreichte man damit zunächst nichts, hatte aber doch eine halbe Stunde spürbarer Zeit in Anspruch genommen.

Anfangs schien es allerdings, als sollte es sehr schnell gehen, denn die ersten neun Punkte wurden ohne längere Debatten erledigt. Sie betrafen u. a. die Etatskapitel über das Armee-Museum, allgemeine Regierungs- und Verwal- tungsangelegenheiten, Akademie der bildenden Künste, Kunst- gewerbe im allgemeinen und Landesgesundheitsamt. Im An- schluß daran wurden die Anträge über die Herabsetzung der Bespflanzungskosten für Landesanstalten und die innere Koloni- sation, die häuslich-mittelständische Wahlmode der Konser- vativen und Nationalliberalen erledigt.

Einen eigenartigen Zwischenfall zeitigte die Beratung über die Brandversicherungsanstalt und den Verordnungs- erlaß dieser Anstalt. Es kam dabei u. a. auch zu einer Aus- wärde darüber, daß einige Beamten der Versicherungsanstalt durch die Neuordnung der Lagegelder für Dienststellen Ein- bußen erlitten hätten. Um sie zu entschädigen, hatte der Direktor für jeden dieser Beamten einige hundert Mark ein- gestellt. Das war von dem Ministerialdirektor Edelher aus- gangs beantragt worden, schließlich soll er aber, wie Genosse Langer feststellte, nach den Angaben des Anstaltsdirektors in einer Auskuffung gesagt haben: „Nachen Sie's nur irgend- wo herein, da wird's gar niemand finden.“ Aber man hat es gefunden. Und nun wollte der Ministerialdirektor derjenige nicht genehmigen, der... den Rat gegeben hatte, die Sache nicht einzupacken. Doch das reichte ihm nicht viel. Zwar konnte ihm nicht nachgewiesen werden, sich so geäußert zu haben, aber sowohl der konservative Abgeordnete Hofmann wie Genosse Langer stellten fest, daß der Direktor das gesagt hatte. Nun, der Zwischenfall war ja mehr belanglos, wenn auch nicht gerade für den Geheimrat Edelher und für den Direktor; die Geschichte rät aber doch, ein nachsames Auge darüber zu haben, ob nicht hier und da auch im Etat Beträge eingepackt sind, die niemand herausfinden soll.

Und nun begann der Kampf um das Wertzuwach- ssteuergesetz, das bekanntlich den aufgegebenen Reichs- anteil zur Hälfte für die Gemeinden, zur anderen Hälfte für den Staat retten sollte. Nach den Berichtserfahrungen trat zu- nächst der Finanzminister für die Vorlage ein, dann aber kamen in den Herren Probus, Bauer und Friedrich Gegner der Vorlage zum Wort, die an dieser keinen guten Faden sahen und die ganze Wertzuwachssteuer in Grund und Boden zu reden suchten. Fortschrittler, Nationalliberale und Konser- vative zerteten in rührender Einstimmigkeit gegen die Vor- lage, weil angeblich die Wertzuwachssteuer die Hausbesitzer belastet, Härten enthalte und allerlei Nachteile zeitige. Aller- dings war die Gegnerschaft der Nationalliberalen keine ganz abschließende, auch bei den Fortschrittler machte der Abgeord- nete noch eine Ausnahme von der schlechten Regel. Geschlossen stand nur die sozialdemokratische Fraktion zur Vorlage, die diesmal quasi die einzige Regierungspartei war. Unseren Standpunkt vertrat Genosse Kijbke, der die Wertzuwach- steuer im allgemeinen verteidigte und die Argumente der Gegner als Interessenspolitik für die Grundstückspekulanten kennzeichnete, wobei er besonders den Fortschrittler einbezie- tete. Diese suchten dann nachzuweisen, daß sich die Zahlung unserer Menschen im Landtage nicht mit der der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Beratung des Wertzuwachst- steuergesetzes decke. Darauf wurde ihnen aber gesagt, daß unsere Genossen im Reichstage seiner Unzulänglichkeit wegen gegen das Gesetz gestimmt hätten, es sich aber jetzt um die best- mögliche Anwendung des Reichsgesetzes handle, das im übrigen nicht zur Entscheidung stehe. Nach lebhafter, mehr- stündiger Debatte kam es schließlich zur Abstimmung. Ein Antrag Kleinheppl, der für die Gemeinden 40 Prozent vom Reichsanteil forderte, wurde abgelehnt. Nun gelangte unter großer Spannung der § 1 des Gesetzes, der den Gemeinden 25 Prozent vom Reichsanteil sichern sollte, durch Namens- aufzählung zur Abstimmung. Das Resultat war die Able- hung mit 47 gegen 40 Stimmen. Die National- liberalen stimmten zur reichlichen Hälfte, die Fortschrittler mit einer Ausnahme, die Konservativen geschlossen dagegen. Die Regierung bestand zwar noch auf der Abstimmung über die anderen Paragraphen, doch war nichts mehr zu retten; nur der Passus, der den Gemeinden die Zuschläge verbieten sollte, wurde noch angenommen; das hat aber nun auch nichts mehr zu bedeuten. Jetzt steht's nun hinsichtlich der Wertzuwach- steuer so, daß die Gemeinden die Steuer nach wie vor erheben müssen, daß aber der Reichsanteil unerhoben bleibt; ander- seits haben die Gemeinden das Recht, 40 Prozent Zuschlag zu erheben. Unter Umständen kann ihnen die Regierung auch das Recht erteilen, einen Teil des Reichsanteils für sich ein- zuziehen. Das wäre nicht so übel, wenn in den Gemeinden nicht die Hausbesitzer registriert, die in der Regel die Erhebung aller Zuschläge und sonstigen Erhöhungen der Steuer ablehnen und sich zu nichts weiter verstehen als zu dem, was das noch bestehende Reichsgesetz hinsichtlich der Wertzuwachst- steuer vorschreibt. Das Resultat der Abstimmung über das Wertzuwachststeuergesetz bedeutet einen Sieg des

Hausagrariertums und der Spekulant- interessen.

Bei dem sechsten Horstien wies Genosse Winkler auf die ungenügenden Waldarbeiterlöhne hin. Der Haushaltplan über die Universität Leipzig wird nun schließlich doch noch ab- gefasst. Bei den allgemeinen Ausgaben des Kultus- ministeriums standen auch die 20 000 M. für nationale Jugendförderung mit zur Beratung. Darüber kam es zu einer äußerst lebhaften Debatte und zu teilweise heftigen Zusammenstößen zwischen den sozialdemokratischen und den bürgerlichen Rednern. Genosse Ublig unterzog die patriotische Jugendmode einer scharfen und treffenden Kritik, die der Vizepräsident Lypig mehrfach als zu scharf zu be- anspruchen versuchte. Unsere Genossen protestierten gegen diese Eingriffe in die Redefreiheit jedoch lebhaft. Darauf brachte der Kultusminister eine seiner üblichen Reden über das Thema Patriotismus und Jugendpflege an, wobei er die Arbeiter- jugendbewegung möglichst herunterzureihen versuchte. In provokatorischer Weise eiferte sodann der Nationalliberale Kleinheppl gegen die proletarische Jugendbewegung und die Arbeiterorganisationen. Ihm antwortete Genosse Lange, der zugleich auch den Kultusminister heimschickte.

Auf die provozierenden Vorleser antworteten unsere Ge- nossen u. a. auch mit einem Antrage auf namentliche Abstim- mung. Dabei ergaben sich große Lücken auf den konservativen und nationalliberalen Banken. Ein Viertelhundert Abgeord- nete fehlten. Doch reichte die reaktionäre Besetzung aus, der Jugendsubvention eine Mehrheit zu sichern, weil alle bürger- lichen Vertreter dafür eintraten und so einen Jugendblock von 600 bis 700 bildeten.

Inzwischen war es nachts 11 Uhr geworden. Und doch standen noch sechs Punkte unerledigt auf der Tagesordnung. Sie wurden jedoch verhältnismäßig rasch erledigt. Erwähnt sei nur noch die Petition des Fortbildungsschulvereins um Neuordnung des Fortbildungsschulwesens; sie wurde nach einiger Debatte der Regierung für ein neues Volksschulgesetz als Material zur Kenntnisnahme überwiesen. Damit war nach fast 13stündiger Sitzung die Tagesordnung endlich er- ledigt.

In der eigenen Schlinge.

Den Scharfmachern scheinen Bedenken aufzukommen, ob sie nicht in die Schlingen, die sie fortgesetzt dem Koalitions- recht der Arbeiter legen, selbst verwickelt werden könnten. Sie haben sich bei ihrem fortwährenden Geschrei nach Aus- nahmengesetzen gegen die organisierten Arbeiter übernommen und es genau ihnen vor der Bewirklichung ihrer eigenen reaktionären Anträge.

Dafür spricht wenigstens ein Zirkular des Verbandes Sächsischer Industriellen an seine Mitglieder, das wir auch zu Gesicht bekamen. Darin behelrt er diese darüber, daß ein Verbot des Streikpostenstehens nicht das A und O aller Scharfmachervünsche sein kann und der Reichstag, der selbst die Reichsregierung für die Scharfmacherforderungen gar nicht so zu haben sind, wie es von jener Seite gewünscht wird. So wird mit einer gewissen Resignation in dem Zirkular gesagt:

Unter diesen Umständen kann es nur als höchst be- dauernswürdig bezeichnet werden, wenn unter den Industriellen noch immer die Hoffnung genährt wird, daß es lediglich eines Streikpostenverbots bedürfe, um den gegenwärtig be- stehenden Mißständen ein Ende zu bereiten und als ob Streikpostengesetz und ausreichender Arbeitswilligkeit ein und dasselbe wäre. Es wird dabei leider nicht auf die Tatsache hingewiesen, daß die Reichsregierung mehrere Male erklärt hat, daß sie ein solches Gesetz nicht einbringen werde, daß der Reichstag bereits dreimal über eine Resolu- tion, welche das Streikpostengesetz fordert, abgestimmt hat und daß die Mehrheit, die sich gegen diese Resolution geäußert hat, bei jeder dieser Abstimmungen gewachsen ist. Wer daher heute die Industrie auf den Weg verwelt, durch Forderung eines besonderen Streikpostengesetzes den für die Industrie notwendigen Schutz zu erreichen, der gibt ihr in Wirklichkeit nichts weiter als theoretische Ratsschlüsse statt praktischer Hilfe! Der Verband Sächsischer Industriellen hat es für seine Pflicht gehalten, praktische Arbeit zu leisten und sich nicht damit zu begnügen, Gesetze zu fordern, von denen von vornherein feststeht, daß sie gegenwärtig und für absehbare Zeit nicht durchzuführen sind.

Nach diesem Bekenntnis über den erschütterten Glauben an eine baldige reaktionäre Gesetzesgebung kommt dann aber die Befürchtung, in die eigene Schlinge zu geraten, wie folgt zum Ausdruck:

„Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß ein Verbot des Streikpostenstehens“ doch nicht einfach in der Form dieses Wortlautes als Gesetz denkbar ist, sondern doch nur partiell in der Form durchgeführt werden könnte, wie es schließlich der Zentralverband Deutscher Indu- striellen vorge schlagen hat, wonach sich derjenige einer ge- fährlichen Erziehung schuldig machen sollte, der es unter- nehme, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Höfen, Bahnhöfe, Wasserstraßen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überwachen. Mit vollem Recht ist demgegenüber von seiten großer Arbeitgeber- verbände darauf hingewiesen worden, daß eine solche Be- stimmung auch die Aussperrung der Unternehmer, das Herausfordern von Listen und alle dazugehörigen Hilfsmittel der Arbeitgeber in Kämpfen mit den Gewerkschaften un- möglich machen würde. Ebenso ist von seiten der beschäftigten kartellierten Industrie betont worden, daß verschiedene Bestimmungen, die sich gegen den Zwang und Terrorismus der Arbeiter richten, sinngemäß auch auf die Organisationen der Arbeitgeber Anwendung finden würden und die Mög- lichkeit des Zusammenstehens in Fällen von Krisen außer- ordentlich erschweren könnten.“

Und diese Befürchtungen fügen sie noch mit einem Zitat aus einer Rede des konservativen sächsischen Landtags- abgeordneten Dr. Wöhme, der im Landtag gesagt hat, daß sich die Unternehmer auch Verträge ausfinden lassen, daß die schwarzen Listen, die Materialsperrre, die Kunden-sperrre und ein Mißbrauch des Koalitionsrechtes sei. Deshalb — so heißt es im Zirkular — müßten die Unternehmer vor der Entscheidung sich genau überlegen, ob die Nachteile, welche die mit einem solchen Gesetze untrennbar verknüpfte Aufhebung der Tätigkeit der Unternehmerverbände mit sich bringe, für die Unternehmer nicht schwer- wiegender sein würden, als der Nutzen, der aus einem solchen Gesetz herauskommen soll.

Der Verband der Sächsischen Industriellen sagt deshalb in dem Zirkular, daß neben der Unterstützung der nationalen

Arbeiterorganisationen nur noch der Weg übrig bleibe, durch energische Anwendung der bestehenden Ge- setzesbestimmungen, durch Ausbildung besonderer Be- amten dem Unwesen des Streikpostenstehens wirksam entgegen zu treten und somit den Unter- nehmern einen praktischen Schutz zu gewähren, der ihnen durch die aussichtslose und für sie selbst be- denkliche Forderung eines besonderen Verbots des Streikpostenstehens nicht ge- währt werden kann.

Die sächsischen Industriellen ziehen rechtzeitig ihren Kopf aus der eigenen Schlinge. Ihr Vorstand rät ihnen: Haben Sie nur Vertrauen zu unseren Behörden und Gerichten, meine Herren! Dort sind Ihre Interessen unter der heiligen Gesetzgebung besser gewahrt, als wenn sich diese gemischte Gesellschaft, dieser Reichstag, mit den von Ihnen gewünschten neuen Ausnahmegesetzen befassen soll. Regierung, Volkset und Gerichte arbeiten ja nur für Sie, meine Herren!

Ein neuer Kriegsminister.

Wolffs Sächsischer Landesdienst meldet: Aus zuver- lässiger Quelle erfahren wir, daß Generaloberst Freiherr v. Hausen nach Schluß des Landtages auf seinen Wunsch von der Stellung als Kriegsminister zurücktreten und aus dem aktiven Dienste der Armee ausscheiden wird. Zu seinem Nachfolger ist allerhöchstenfalls der Generaladjutant des Königs, Generalleutnant v. Carlowitz, in Aussicht ge- nommen.

Dieser Personenwechsel ist ohne jede politische Be- deutung.

Aus den Parteioorganisationen.

Am 2. Reichstagswahlkreise (Lebau) liegt die Mitgliedszahl von 2288 auf 2406, einschließlich 206 weiblichen Mitgliedern. In 27 Ortsgruppen wurde Hausagitation betrieben, wodurch 272 neue Mitglieder gewonnen wurden. Die Zahl der Ortsgruppen liegt von 30 auf 32. Die Einnahmen des Vereins betragen 10 634,77 M., die Ausgaben 10 130,06 M., die Einnahmen an Beiträgen 9228,85 M., an Wahlsondarmarkten 250,10 M. An das Bezirkssekretariat wurden einschließlich 280,10 M. Beihilfsfonds 1170,10 M., an den Parteivorstand 1645,77 M. gefandt.

In der Generalversammlung am Sonntag wurde Genosse Gustav Jwaahr als Kreisleiter wiedergewählt. Man erklärte sich dafür, der Volkszeitung die Beilage Neue Welt beizugeben. Be- schlossen wurde, die Gemeindevorsteher zum Besuch der Konferenzen zu verpflichten. Wenn sie dem nicht nachkommen, soll das einer Verzögerung auf Wiederherstellung gleichkommen. Angenommen wurde ein Antrag Krähig auf Einziehung ständiger Agitations- kommissionen zur Debatte der Mitgliedszahl und der Abkommen- ziffern. Als Landtagskandidaten für den 2. und 4. ständ- lichen Kreis wurde Genosse Jwaahr, Neugersdorf wieder und Ge- nosse Rauch-Jitzkau neu aufgestellt, da der bisherige Kandidat, Genosse Wöhme aus Altersrücksichten ablehnte.

Auf der Generalversammlung des 3. Reichstagswahlkreises (Bautzen) wurde mitgeteilt, daß trotz der Abwanderung infolge der Kriege noch eine Mitgliederzunahme von 281 zu verzeichnen ist, die eigentlich 450 betragen haben würde, wenn nicht 330 bezogen wären. Die Mitgliederzahl betrug 1780 gegen 1549 im Vorjahre. Die Abkommen der Volkszeitung gingen um ein Geringes zurück. Die Zahl der Gemeindevorsteher vermehrte sich von 59 auf 66. Die Einnahmen der Ortsgruppen betragen 8620,55 M., die Ausgaben 7904,92 M.; die Einnahmen der Kreisliste 4472,19 M., die Ausgaben 3500,68 M. Einer Anregung, die Kommune des Bezugs für die Gemeindevorsteher abzuschießen, wurde nicht nachgegeben. — Die Auf- stellung der Kandidaten zur Landtagswahl erfolgte folgendermaßen: 2. Sächsischer Kreis Genosse Müller-Bautzen, 5. Sächsischer Kreis Genosse Klingst, 7. Sächsischer Kreis Genosse Günther-Pulsnis, 8. Sächsischer Kreis Genosse Wöhme-Ramens.

Leipzig. Die hiesige Kriminalpolizei hat eine aus sieben Personen, sechs Männern von 22 bis 31 Jahren und einer 18jähr. Arbeiterin, bestehende Diebes- und Hehlereibande ver- hafte, die eine große Reihe von Einbrüchen verübt hatte. Hauptächlich suchte sie Garagen heim. Auch konnte ihr nach- gewiesen werden, daß sie junge Mädchen in öffentliche Häuser verschleppt und verknüpelt hat.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei der Feldarbeit auf der Rittergutsfarm gingen in Saalhausen bei Oschatz einem polnischen Arbeiter die Pferde durch. Dabei wurde dem Arbeiter die Ringelhaute an den Kopf geschleudert. Er war sofort tot. — Vor den Augen seiner Frau in den Tod gekommen ist Sonntag nach- mittag in Wlochau der 47 Jahre alte nervenranke Einwohner W. aus der Wöhrstraße. Er hatte mit seiner Frau und seiner Neben einen Spaziergang nach Niederschönau unternommen. Beim Anblick der Mulde erlitt er plötzlich einen Herzanfall, fiel spurlos in den Fluß und kam nicht wieder zum Vorschein. — In Kewerndorf bei Sanda drang ein Soldat vom 182. In- fanterie-Regiment (Reiberg), früher dort in Dienst, in die Wohn- ung seiner früheren Geliebten, die nichts mehr von ihm wissen wollte, ein, um Nacht an ihr zu nehmen. In der Wohnung befand sich jedoch ein anderes Mädchen, das beim Eindringen des Soldaten um Hilfe rief. Der wütende Soldat verließ das Mädchen mit dem Seitengewehr schwer und entließ. — Der Gemeindevorsteher- erprobent Weuge in Lehdorf bei Mebeberg wurde wegen Unter- schlagung und Urkundenfälschung verhaftet. — Schwerverletzt hat sich in Bertschdorf bei Reutbad der Wirtschaftsführer Pfeife dadurch, daß er sich an einer achsel weggeworfenen Bierflasche das Sandgelenk berührt durchschnitt, daß ein harter Metallstück das verletzte Gelenk dem Körper entlief. Pfeife schleppte sich nach bei Reutbad zum Arzt, brach aber auf der Treppe bewußtlos an- sammen. Nach Anlegung eines Verbandes wurde der Verletzte ins Krankenhaus übergeführt.

Stadt-Chronik.

Das Glück wohnt auf dem Lande.

Das Glück wohnt auf dem Lande. Geh' such's! So kann man auf den Werbeplakaten des Landeskulturrates lesen, die auf allen Bahnhöfen aushängen. Einige Bilder, vom Alttag gezeichnet, mögen dieses ländliche Glück illustrieren.

Am Montag — stellen wir genau fest: am 11. Mai 1914, vormittags 8 1/2 Uhr — arbeiteten auf einem dem Kammergut Ostta gehörigen Felde an der Hamburger Straße einige Feldarbeiterinnen — wahrscheinlich gehörten sie einem Trupp Sächsischer an — unter der Aufsicht eines Vogtes. Einer der Arbeiterinnen mochte plötzlich das Glück auf dem Lande unerträglich geworden sein, sie ließ von der Arbeit fort, der Hamburger Straße zu. Aber der Vogt, vor dem sie wohl floh, rannte spornstreichs hinter ihr drein, holte sie ein, schlug sie rücksichtslos mit einem hinter- wärtigen Säbel über Kreuz und Gesicht und schleppte die Miß- handelte gewalttätig wieder zur Arbeit. Natürlich entstand sofort ein großer Menschenauflauf und der Vogt hatte es der Notfrist zu danken, mit der er sich hübsch in der Mitte des betwachsenen Feldes hielt, daß ihn von einigen empörten Bauern nicht mit gleicher Wutgeizung wurde. Ein